

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Wir, die Teilnehmer des 7. Treffens von Menschen mit Armutserfahrung haben auf der Fachtagung Armut und Wohnen – Wohnen ein Menschenrecht erfahren, dass:

- es ein Menschenrecht auf angemessenes Wohnen gibt. (Artikel 25 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts)
- 248.000 Tausend Menschen in Deutschland 2011 wohnungslos waren.
- über 50 Prozent der Kölner Haushalte nur mithilfe von Transferleistungen ihre Wohnkosten bezahlen können.
- viele Wohnungen in einem schlechten Bauzustand, heruntergekommen und von Schimmel befallen sind, weil der Eigentümer kein Interesse an einer Renovierung hat.
- Wohnungen/der Immobilienmarkt in erster Linie finanzwirtschaftlich betrachtet und betrieben wird und Gewinne erzielt werden sollen.
- die Bundesregierung in einer große Anfrage im Bundestag bestätigte, „...dass ärmere Kinder weniger gesund sind und schlechte Wohnungen krank machen. .. Hohe Verkehrsbelastung, fehlende Infrastruktur für Bewegung und Sport, wenig Grünflächen und wenig ausgeprägtes nachbarschaftliches Zusammenleben führen zu einer Verschlechterung des physischen und psychischen Gesundheitszustands.“
- in der deutschen Verfassung ein Artikel fehlt, der das Menschenrecht auf Wohnen aufgreift.
- Wohnen mehr ist, als nur ein Dach über dem Kopf.
- die Wohnung zu verlieren oder umziehen zu müssen, weitreichende Folgen und Auswirkungen auf Arbeit, Gesundheit und das Leben hat.
- es in vielen Regionen (insbesondere in den Großstädten) an bezahlbarem Wohnraum mangelt und dort Wohnungsnot herrscht.

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband – Armut und Gesundheit in Deutschland – BAG
Schuldnerberatung – BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit – BAG
Wohnungslosenhilfe – BAG der Landesseniorenvertretungen – BBI wohnungsloser
Menschen – Bundesverband Deutsche Tafeln – Deutscher Bundesjugendring – Deutscher
Caritasverband – Deutscher Gewerkschaftsbund – Deutsches Rotes Kreuz – Diakonisches
Werk der EKD – Gesundheit Berlin-Brandenburg – Paritätischer Wohlfahrtsverband –
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland



Wir fragen deshalb:

Wohnst Du noch, oder lebst Du schon?

und fordern,

- die Umsetzung des Menschenrechts auf Wohnen durch einen eigenen und neuen Artikel im Grundgesetz.
- einen integrierten nationalen Aktionsplan gegen Wohnungsnot und Armut.
- Landespläne und Förderprogramme gegen Wohnungsnot in allen Bundesländern.
- die Vermeidung/Verhinderung von Wohnungsnotfällen durch Regelungen auf der kommunalen Ebene. Die hierfür benötigten Präventionsmaßnahmen müssen verbindlich und verpflichtend geregelt werden.
- den sozialen Wohnungsbau wieder im erforderlichen Umfang sicherzustellen.
- bezahlbaren Wohnraum, bezahlbare Mietnebenkosten, damit eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich bleibt.
- **Wohnungsversorgung ist als Daseinsvorsorge zu begreifen und umzusetzen.**

Düsseldorf, den 14. März 2012

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband – Armut und Gesundheit in Deutschland – BAG
Schuldnerberatung – BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit – BAG
Wohnungslosenhilfe – BAG der Landesseniorenvertretungen – BBI wohnungsloser
Menschen – Bundesverband Deutsche Tafeln – Deutscher Bundesjugendring – Deutscher
Caritasverband – Deutscher Gewerkschaftsbund – Deutsches Rotes Kreuz – Diakonisches
Werk der EKD – Gesundheit Berlin-Brandenburg – Paritätischer Wohlfahrtsverband –
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

nak Nationale Armutskonferenz
Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN



Arbeiterwohlfahrt Bundesverband – Armut und Gesundheit in Deutschland – BAG
Schuldnerberatung – BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit – BAG
Wohnungslosenhilfe – BAG der Landesseniorenvertretungen – BBI wohnungsloser
Menschen – Bundesverband Deutsche Tafeln – Deutscher Bundesjugendring – Deutscher
Caritasverband – Deutscher Gewerkschaftsbund – Deutsches Rotes Kreuz – Diakonisches
Werk der EKD – Gesundheit Berlin-Brandenburg – Paritätischer Wohlfahrtsverband –
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland